Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 6 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig Zeitzer Straße 30 IV, Volkshaus, Aufgang B oder C Fernruf 7503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die dreigespaltene Kleinzeile 4 Mark. — Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 7 — Sonnabend, den 18. Februar 1922 — 26. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Jedes Verbandsmitglied hat bei Arbeitsangeboten nach den unten genannten Orten unter: „Sperre, Streik, Zuzug fernhalten" in jedem Fall Erkundigungen von der Ortsverwaltung der betreffenden Zahlstelle einzuholen. Wer das unterläßt und ein Arbeitsverhältnis nach diesen Orten eingeht, stellt sich außerhalb des Verbandsrahmens und kann ausgeschlossen werden.

Laufende Notizen unter: „Gesperrt", „Streik", „Zuzug fernhalten", werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

*

Gesperrt:

Betrieb Reiner in **Augsburg-Pfersee.** Firma Buchmeyer in **Herdecke.** In **Naumburg** Platz Horn. Das Grabsteingeschäft von Franz Rolf in **Paderborn.** In **Merseburg** sämtliche Grabsteingeschäfte.

Streik:

In **Bremen** (Marmorarbeiter). In **Mühlhausen.** Thür. (in sämtlichen Grabsteingeschäften sowie bei Hötzel und Ortlepp in Hayerode). In **Langensalza** (Gebr. Nitsche). In **Duisburg.** In **Essen.**

Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von **München** (allgemein), von **Bennigsen** a. Deister. Von **Krefeld.** Von **Bremen** (Steinmetzen).

Schleifereibranche. Auf die vom Verbandsvorstand am 26. Januar eingereichte Forderung auf Erhöhung der Teuerungszulage hat der VDG. geantwortet, daß er **erst nach dem Inkrafttreten der Brotpreiserhöhung** zu weiteren Verhandlungen bereit ist, worauf der Vorstand die Beschleunigung der Verhandlungen beantragt hat, mit dem erneuten Hinweis, daß unsere Mitglieder nicht in der Lage sind, die bereits eingetretenen und noch eintretenden Preiserhöhungen mit den bisherigen Löhnen auszugleichen.

Erledigte Bewegungen.

Schotterwerksarbeiter Bayerns. Die Grundstundenlöhne erhöhen sich vom 1. Februar an um 200 Prozent, dies kommt einer Erhöhung der Spitzenlöhne von 1.20 M. gleich. Die Handwerker und die Akkordarbeiter erhalten auf jede Lohn- und Akkordarbeitsstunde die gleiche Zulage.

Schotterwerke in Oberriedenberg, Sodenberg, Roth und Nordheim v. Rhön. Mit der Firma Leimbach & Co. wurde eine Sondervereinbarung dahingehend getroffen, daß die von der Schottergruppe gewährte Zulage vom 1. Februar an auf die derzeitigen Stunden- und Akkordlöhne gewährt wird.

Maintalsandsteingebiet (rot) Vor dem Landeseinigungsamt anerkannten die Unternehmer den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Aschaffenburg mit Wirkung vom 1. Januar 1922. Der Stundenlohn erhöht sich somit für alle Arbeiter um 1.60 M. Bis zum 20. Februar wird von den Steinmetzen wie bisher im Zeitlohn gearbeitet, von da an soll wieder nach dem Muschelkalksteinarbeiter-Tarif gearbeitet werden bei einer 100prozentigen Lohngarantie. Vom 20. März an findet dann eine Neuregelung der Akkordarbeit überhaupt statt und sind hierfür bestimmte Richtlinien festgelegt.

Ebelsbacher und Steigerwaldsandsteingebiet. Vor dem Schlichtungsausschuß Schweinfurt wurde mit den Unternehmern nachstehende Vereinbarung getroffen: Vom 27. Januar an erhöhen sich die Stundenlöhne der Steinmetzen und Schleifsteinmacher um 80 Pf., der Brecher und Bossierer um 98 Pf., der Hilfsarbeiter um 97 Pf., vom 10. Februar an um weitere 30 Pf. für alle Branchen. Vom 24. Februar an für Steinmetzen und Schleifsteinmacher um nochmals 70 Pf., für Brecher und Bossierer um 80 Pf. und für Hilfsarbeiter um 1 M. Die bisherige Kinderzulage wird weiter gezahlt. Arbeiter vom 18. bis 20. Lebensjahre erhalten zu vorgenannten Sätzen ab 10. Februar 50 Pf. pro Stunde weniger. Bei den jüngeren Arbeitern erfolgt eine Ausgleichung an die obigen Sätze.

Muschelkalksteingebiet Frankens. Vom 1. Februar an erhöhen sich die Stundenlöhne der gelernten Arbeiter um 2.05 M., der ungelernten Arbeiter um 2 M. Die Akkordsätze der Steinmetzen erhöhen sich um 205 Prozent, somit auf 930 Prozent. Die Akkordsätze der Schleifer, Brecher, Bossierer, Räumer und der Schotterschläger und die Löhne der Arbeiter unter 19 Jahren, sind innerhalb 8 Tagen betriebsweise zu regeln. Den Steinmetzen, Brechern, Bossierern und den übrigen gelernten Arbeitern wird das Fahrgeld zur Arbeitsstelle ganz, den Hilfsarbeitern, Räumern und Schotterschlägern zu ein Drittel vergütet. Bezüglich des Fahrgeldes für die letzteren drei Gruppen finden weitere Verhandlungen statt.

Goldisthal (S.-M.) (Abziehsteinarbeiter.). Die Stundenlöhne wurden vom 20. Januar an, geltend bis 20. Februar 1922, um zirka 20 Prozent erhöht.

Juramarmorgebiet. Die Stundenlöhne wurden mit Wirkung vom 1. Februar an um 1.50 M. bis zu 2 M., je nach den Branchen, erhöht. Ueber die Dauer der neuen Lohnsätze konnte keine Einigung erzielt werden.

Granitwerksteingebiet Heppenheim (Odenwald). Die bestehende Teuerungszulage wurde um 200 Prozent in zwei Staffeln erhöht. Vom 10. Februar um 100 Prozent, vom 24. Februar um weitere 100 Prozent. Der Teuerungszuschlag beträgt dann 960 Prozent Die Stundenlöhne betragen für Brecher und Schmiede vom 10. Februar 10.46 M., vom 24. Februar 11.55 M. Für Steinmetzen vom 10. Februar 9.60 M., vom 24. Februar 10.60 M., dazu 15 Pf. Sonderzulage. Hilfsarbeiter vom 10. Februar 8.16 M., vom 24. Februar 9.01 M.

Wohnungsbau und Gewerkschaften.

(A. E.) Das Fehlen eines großzügigen amtlichen Programms zur Ueberwindung der immer größer werdenden Wohnungsnot hat bekanntlich vor mehr als Jahresfrist die deutschen Gewerkschaften veranlaßt, sich selbst um die Lösung der Wohnungsfrage zu bemühen. Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund hat damals, zusammen mit dem Allgemeinen freien Angestelltenbund, eine Kommission eingesetzt, die Vorschläge für eine gesetzliche Neureglung des gesamten Wohnungswesens ausarbeiten sollte. Die Kommission hat ihre Arbeit im Sommer vorigen Jahres beendet. Als ihr Ergebnis legten der ADGB. und die Afa dem Reichstag Richtlinien vor, in denen die Vergesellschaftung des gesamten Mietwohnungswesens gefordert wurde.

Der Grundgedanke, der dem Gesetzesvorschlag der Gewerkschaften zugrunde lag, war der, daß alle Benutzer von Wohnräumen für die Erhaltung und Verwaltung des vorhandenen Mietbesitzes wie auch für den Bau der erforderlichen Neuwohnungen gemeinsam haftbar sein sollten. Den heutigen Hausbesitzern sollte die Sorge um die Verwaltung und Instandhaltung ihrer Häuser von Selbstverwaltungskörperschaften (Hausschaften, Wohnungsverbänden usw.) abgenommen werden. Das Eigentum an den Häusern sollte gegen eine dem Wert der Häuser in der Vorkriegszeit entsprechende Rente ebenfalls auf die Selbstverwaltungskörper übertragen werden.

Im Wohnungsausschuß des Reichstags (Unterausschuß) sind die Vorschläge der Gewerkschaften — denen auch die beiden sozialistischen Fraktionen ihre Zustimmung gaben — in wochenlangen Beratungen unter Mitwirkung von Vertretern der Regierung, der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände eingehend erörtert worden. Leider wurden sie schließlich von den Vertretern der bürgerlichen Parteien, der Unternehmer und der christlichen Gewerkschaften gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien und der Vertreter der freien Gewerkschaften abgelehnt.

Abgesehen von der grundsätzlichen Neureglung der Wohnungsfrage hatten die Gewerkschaften auch Vorschläge zu einem verstärkten Wohnungsbauprogramm für die Jahre 1922/23 gemacht. In diesen Vorschlägen war die Bereitstellung von Mitteln für den Bau von 200 000 neuen Wohnungen jährlich vorgesehen. Die Mittel sollten nicht durch Anleihen beschafft werden, um unser Volk nicht noch mehr in Zinsknechtschaft zu stürzen, als es ohnehin schon der Fall ist; sie sollten vielmehr in vollem Umfange aus der Wohnungswirtschaft selbst aufgebracht werden. Als Kapitalquellen wurden unter anderem vorgeschlagen: die Erfassung der Goldwerte, die sich aus dem Abbruch alter Bauwerke, dem nicht staatlichen Holzeinschlag, der Aufschließung neuer Rohstoffelder für Baustoffe usw. ergeben, ferner die stärkere Besteuerung der großen und der zu wenig ausgenutzten Wohnungen, schließlich aber auch die Erhöhung der Wohnungsabgabe, unter der Voraussetzung, „daß alle Renten-, Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Jahresbezüge um denjenigen Betrag erhöht erhalten, der der durchschnittlichen Mietssteigerung der Wohnungen entspricht". Von den aufkommenden Mitteln sollten mindestens 75 v. H. gemeinwirtschaftlich tätigen Baugenossenschaften, Siedlungsgesellschaften und Gemeinden zugeführt werden.

Auch um diese Vorschläge hat sich im Unterausschuß ein heftiger Streit entsponnen. Vertreter der Arbeitgeberverbände und Vertreter der bürgerlichen Parteien verlangten eine Wohnungspolitik, die es auch dem Privatkapital ermögliche, ohne öffentliche Zuschüsse wieder Wohnungen zu bauen. Diese Wünsche lehnten sowohl die Vertreter der Gewerkschaften wie auch die Vertreter der sozialistischen Parteien einmütig ab, da sie in Wahrheit auf die Wiederherstellung des freien Spiels der Kräfte, das heißt auf die Aufhebung der Mieterschutzgesetzgebung und den Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen hinausliefen. Die Vertreter der Gewerkschaften wiesen darauf hin, daß die Baukosten für Neuwohnungen etwa 15mal so hoch seien wie in der Vorkriegszeit — heute sind sie etwa 25mal so hoch — und daß Privatunternehmer ohne öffentliche Zuschüsse nur bauen könnten, wenn auch die Mieten um das 15fache erhöht würden. Man kam schließlich darin überein, dem Reichstag und der Regierung die Bereitstellung von Zuschüssen für ein Bauprogramm von 200 000 Wohnungen jährlich und die Aufbringung der Mittel nach den Vorschlägen der Gewerkschaften zu empfehlen.

Das Plenum des Wohnungsausschusses und der Reichstag selbst haben den Vorschlägen des Unterausschusses im großen ganzen zugestimmt, es aber abgelehnt, die Mittel für die Baukostenzuschüsse voll aus der Wohnungswirtschaft zu beschaffen. Man will wieder den Weg der Anleihen beschreiten. Das ist deshalb sehr gefährlich, weil damit die Mieterschaft auf Jahrzehnte hinaus in die Zinsknechtschaft des Finanzkapitals gerät und im Laufe der Jahre das Doppelte dessen zahlen muß, was sie bei der direkten Aufbringung der Mittel für den Wohnungsbau zu zahlen hätte, ohne daß damit auf die Dauer die Mittel für den Wohnungsbau wirklich beschafft werden können.

Der Gesetzentwurf, den die Reichsregierung soeben zur Finanzierung des Bauprogramms für das Jahr 1922 eingebracht hat, sieht die Erhöhung der Wohnungsabgabe von 10 auf 50 v. H. der Friedensmiete vor. Man erwartet daraus eine Einnahme von 3 Milliarden Mark. Da ein Bauprogramm von jährlich 200 000 Neuwohnungen etwa 30 Milliarden Mark Zuschuß im Jahr erfordert, so werden die aufkommenden Summen im wesentlichen zur Verzinsung und Tilgung der im vorigen Jahre aufgenommenen und in diesem Jahr noch aufzunehmenden Anleihen gebraucht. Sie müssen zu diesem Zweck bis zu Tilgung der Anleiheschuld alljährlich neu erhoben werden. Zur Finanzierung des nächstjährigen Bauprogramms stehen dann wieder keine Mittel zur Verfügung, so daß, wenn weiter gebaut werden soll — und das ist unbedingt notwendig —, die Wohnungsabgabe im nächsten Jahr zur Verzinsung neuer Anleihen erneut um 30 bis 50 v. H., bei der weiteren Entwertung unseres Geldes vielleicht sogar um 100 v. H., erhöht werden muß. Und dieses Spiel wird sich Jahr für Jahr wiederholen, bis die Wohnungsnot überwunden oder ein Ausgleich zwischen Baukosten und Wohnungsmieten gefunden ist. Aber auch dann ist die deutsche Mieterschaft dem Finanzkapital noch auf Jahrzehnte hinaus zinspflichtig, nämlich bis zu der Zeit, wo die aufgenommenen Anleihen völlig getilgt worden sind. Die sozialistischen Fraktionen des Reichstags sollten deshalb darauf dringen, daß das Reich auf die Anleihewirtschaft im Wohnungsbau verzichtet und für die laufende Deckung der Baukosten entsprechend den Vorschlägen der Gewerkschaften sorgt.

Lohnbewegungen, Teuerungszulagen, Tarif- und Schlichtungswesen in der Steinindustrie.

I.

Bei Festsetzung der vorläufigen Tagesordnung zum Verbandstag wurde von der bisherigen Uebung insofern abgewichen, daß für alles, was mit unserer Tarif- und Lohnbewegungstaktik zusammenhängt, kein Sonderpunkt in der Tagesordnung vorgesehen wurde. Bekanntlich beschloß der Würzburger Verbandstag für das Tarifwesen, im Verbandshauptbureau eine besondere Stelle oder Ressort zu schaffen. Dafür wurde ein Kollege bestimmt, der nun bis zu einem gewissen Grad die Verantwortung für die Entwicklung der Tarifangelegenheiten und was damit zusammenhängt, übernommen hat. Der Betreffende bekam deshalb auch Sitz und Stimme im Verbandsvorstand. Nach den Erfahrungen auf früheren Verbandsgeneralversammlungen, wo das Tarifwesen gesondert behandelt wurde, muß festgestellt werden, daß die Aussprache darüber fast immer einer zweiten Auflage der Aussprache über den Geschäftsbericht des Vorstandes gleichkam. Hauptsächlich aus diesem Grund wurde diesmal die Tarifmaterie in die Berichterstattung des Vorstandes eingeschoben, und zwar als Punkt b gleich hinter den Bericht des Vorsitzenden, um im Zusammenhang mit dessen Bericht dem Verantwortlichen der Tarifstelle Gelegenheit zum Bericht zu geben, und zur Darlegung der künftigen Tariftaktik. Die Arbeit im engeren Verbandsvorstand läßt sich nun durchaus nicht so eng abgrenzen, wie mancher Außenstehende denken mag. Die Hauptaufgabe des Verbandes liegt noch lange Zeit auf dem Gebiet der Mitgliederentlohnung; deshalb ist die Tarifstelle auch recht eng mit der übrigen Arbeit im Hauptvorstand, besonders was Lohnfragen anbetrifft, verwachsen, ohne jedoch allein oder in der Hauptsache die Verantwortung von und über die ganze Lohn- und Tarifentwicklung übernehmen zu können. Das soll sie auch durchaus nicht!

Aus dieser knappen Darlegung ist wohl ersichtlich, warum diesmal in der Tagesordnung-Festsetzung gerade so verfahren wurde, wie geschehen. Lediglich rein praktische und Erfahrungsgrundsätze waren die Triebfeder, von der alten Uebung abzuweichen. Nicht etwa, wie es bereits der Schriftleitung aus Kollegenkreisen mitgeteilt wurde, um: „die Aussprache oder die Kritik zu dieser Angelegenheit zu unterbinden". Nein! Dazu hat die Verbandsleitung in ihrer Gesamtheit durchaus keine Veranlassung. Denn jeder Gewerkschaftler weiß, daß der Bestand und die Aufgaben der Arbeiterorganisationen und damit auch jene unseres Verbandes sich nur haben festigen und klären können in weitgehender Aussprache. So soll es natürlich bleiben.

Die Tarifstelle im Verband ist aber ohne Zweifel sehr wichtig, deshalb wird die zu erwartende Aussprache über ihre Leistungen, Anregungen oder auch Nichtleistungen recht umfangreich sein. Diese Aussprache hängt allerdings in der Hauptsache davon ab, wie die Kritiker die Machtverhältnisse zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Steinindustrie und im allgemeinen beurteilen, welchen Einblick sie haben in die ganzen Produktions- und Geschäftsverhältnisse unserer einzelnen Branchen,; ja, wie sie überhaupt der heutigen unsicheren Wirtschaftslage gegenüber eingestellt sind. Mit anderen Worten, ob die Kritiker Wirklichkeitsmenschen, sogenannte Realpolitiker, oder das Gegenteil davon sind. Demnach wird sich die Aussprache vollziehen, und auch die bereits vor der Aussprache fälligen Anträge und Anregungen zum Verbandstag werden davon beeinflußt. Ein Artikel an anderer Stelle dieser Nummer vom Kollegen P. Harz, Weimar, ist dafür schon der beste Beweis.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen zu voller Zufriedenheit der Verbandsmitglieder zum Abschluß zu bringen, ist überaus selten; in einer Wirtschaftsperiode, wo nirgends ein ruhender Pol zu finden ist, wo alles sich in aufwärtsstrebender Preisbewegung befindet, wie seit Jahren in Deutschland, ist das sogar unmöglich! Denn jeder Abschluß, der, irgendwie auf die konkrete Entlohnung Bezug nimmt, hat nur den Lebenswert einer Eintagsfliege. Das wissen und empfinden alle Kollegen und Kolleginnen nur zu gut, daher ist ihre Unwilligkeit und Unzufriedenheit jedem begreiflich. In dieser Unzufriedenheit wird nun Ausschau gehalten, wer wohl die Schuld daran trägt? So kommen eine Anzahl dann zu dem Resultat: Unternehmer — Gauleitung — Lohnkommission — Verbandsvorstand, oder auch in umgekehrter Reihenfolge. Die tieferen Ursachen, die mit der Kriegsfolge zusammenhängen, werden von den wenigsten genügend in Rechnung gestellt, auch nicht die Lage und die Bedeutung der Natursteinindustrie. Nicht immer hängt die Lohnhöhe nur allein vom Willen des einzelnen Unternehmers und von der Begründung des jeweiligen Arbeitervertreters ab, sondern vom Absatz und der Geldbewertung der fertigen Produkte, mögen es nun Hart- oder Weichgesteine sein. Vorstehendes ist eine alte Wahrheit, sogenannte Binsenwahrheit, aber trotzdem muß sie im Zusammenhang mit dem Thema ausgesprochen werden! Wir haben hier natürlich nicht die Steinindustrieunternehmungen im Auge, die durch Auslandsaufträge sich äußerst gesund erhalten und doch in der Bemessung des Lohnanteils für die Arbeiter sich recht schwerhörig stellen. Die Kollegen müssen schon in der Beurteilung des Erwähnten den Unterschied zu machen verstehen auf Grund ihrer Betriebskenntnisse, ohne daß wir an dieser Stelle ausführlicher werden. Wo nun einzelne Zweige in den Unternehmungen der Natursteinindustrie aus eigener Atemnot die Entlohnung nicht bessern können, müssen sie schon wohl oder übel von den Steinarbeitern endgültig verlassen und gemieden werden; solchen Unternehmungen durch niedrigen Lohn etwa die Lebenskraft kümmerlich zu verlängern, liegt durchaus nicht im Arbeiterinteresse, weil der Arbeiter dann doch der erste ist, der zugrunde geht. Darum nicht lange wägen und in anderen Betrieben Arbeit gesucht, wie es bereits ein ziemlicher Teil unserer Verbandsmitglieder getan hat! Es kann mit aller Bestimmtheit gesagt werden, daß seit dem Würzburger Verbandstag das Entlohnungsgebiet in keiner Weise vernachlässigt wurde. Nicht vom Verbandsvorstand, nicht von den Gauleitungen, noch von den Zahlstellenvorständen, es wäre ja auch widersinnig, so etwas zu behaupten, weil die Lebensnotdurft alle, die hier verantwortlich sind, unaufhörlich vorwärts treibt. Nur gehen über die Wege und die Möglichkeit zur besseren Entlohnung die Meinungen oft auseinander. Außerordentlich erfreulich ist, wie eine Anzahl Zahlstellen ihre Angelegenheit selbst regeln und nur im äußersten Notfall andere, örtlich außenstehende Hilfe gebrauchen. Das geht gewiß nicht allerorts, ist nicht selten eine reine Personenfrage, und doch haben wieder andere Zahlstellen hier Vorbilder, denen nachzueifern des Schweißes wohl wert ist.

Auf das Tarif- und Schlichtungswesen im Verband trifft Vorstehendes zum Teil auch zu. Augenblicklich bestehen im Verbandsbereich drei Reichstarife (Granitschleiferei, Pflaster- und Schotterwerke, Grabmal-Sandstein-Marmor), 6 Landestarife, 34 Bezirkstarife und außerdem 120 örtliche Lohnvereinbarungen. Außer dem Reichstarif für Granitschleifereien sind die zwei anderen Reichstarife sogenannte Manteltarife, die nur Richtlinien festlegen für die Entlohnung, Ferien usw. Die Löhne selbst werden bezirksweise vereinbart, daraus erklären sich die vielen anderen Vereinbarungen trotz der Reichstarife. Auch die Landestarife sind bis auf einen (Granitwerkstein-Bayern) dem Rahmen der Mantel-

tarife einzufügen. — Der Reichslohntarif für Granitschleifereien, der alles regelt, ist nun der am meisten angefeindete. Er wurde am 1. Oktober 1919 in Kraft gesetzt, hat seitdem manche Aenderung erfahren, jedoch grundlegend, wie oft verlangt, konnte er bisher nicht verbessert werden. Im Jahre 1921 haben wir diesen Tarif auf ein weiteres Jahr verlängert. Warum? wissen die Beteiligten alle, nur ist es nicht jedem begreiflich. Die Handhabung gegenüber der Teuerung ist so, daß die 1919 mit den nachträglich geänderten Positionen die Grundentlohnung darstellt; dazu kommen die Teuerungszuschläge, die augenblicklich 770 Prozent betragen. Rechnet man die 1919 an der Grundlöhnung erzielten Verbesserungen und die bis dato erreichten den 770 Prozent hinzu, dann wird der Teuerungszuschlag gegenüber der Entlohnung vor der Revolution zirka 1000 Prozent betragen, in dem einen Bezirk etwas mehr, im anderen schließlich weniger. Werden nun zum Vergleich die Steigerungen in der Lebenshaltung herangezogen, die das 17 bis 22fache und noch mehr erreichen, dann ist die Mißstimmung gegen diesen Reichstarif nicht nur erklärlich, sondern sicher auch begründet. Ohne Zweifel muß die Arbeitsleistung gegenüber früher noch ganz bedeutend gesteigert worden sein, und das ist sie nachgewiesenermaßen auch, sonst würden die nach dem Reichslohntarif arbeitenden Kollegen tatsächlich jeden Existenzboden in der Familienwirtschaft verlieren. Hier kommt das in Frage, was wir im vorhergehenden Absatz zum Schluß ausgeführt haben. — Bei den Verhandlungen zur Erhöhung der Teuerungszulage für diesen Reichstarif wirbelt stets auf Unternehmerseite Wollen und Können durcheinander. Das Können wird gebremst vom Wollen und umgekehrt, weil die Arbeitsaufträge nicht jedem Unternehmer gleichmäßig zur Hand sind. Im Jahre 1921 drohte aus diesem Grunde der Reichstarif zu bersten, ohne unser Zutun wurde es jedoch verhindert.

Nun ist die Frage ernstlich zu prüfen, ob die einzelnen Orte oder Bezirke in der Granitschleifereibranche besser fahren würden ohne diesen Reichstarif? So aus dem Handgelenk heraus kann diese wichtige Frage nicht beantwortet werden. Wir wollen darüber an dieser Stelle auch keine großen Untersuchungen anstellen, sondern nur sagen, daß die Unternehmungen in der Granitschleifereibranche sich gegenüber den Lebensmöglichkeiten der von ihnen beschäftigten Arbeiter noch ganz anders umstellen müssen, wenn sie verhindern wollen, daß die einst blühende Industrie aller wichtigen Facharbeiter entblößt wird. Auf der einen Seite wird ernstlich und mit Erfolg versucht, sich den erweiterten Ansprüchen in der Friedhofskunst anzupassen, was jedoch nur mit Hilfe eines tüchtigen Arbeiterstammes möglich ist; der aber läuft davon, nicht aus Vergnügen, nicht um die Unternehmer zu schädigen, wie so mancher von ihnen glaubt, sondern nur allein aus Selbsterhaltungstrieb ....

Weiteres im nächsten Artikel.

Aus dem Mitgliederkreise über Verbandstagsfragen.

Zum Entlohnungssystem. Es wird dem aufmerksamen Beobachter der Lohnbewegungen nicht entgangen sein, daß in den Tarifabschlüssen und deren Ergänzung durch Teuerungszulagen die Trennung: „ledig — verheiratet" in der Entlohnung immer häufiger auftritt. In absehbarer Zeit wird dieser Zustand als selbstverständlich hingenommen werden müssen, und das Ganze hat sich zum dauernden Entlohnungssystem entwickelt. Wo die Idee geboren ist, ist jetzt nicht so wichtig, auf alle Fälle ist damit gesagt, daß die Entlohnung nicht im rechten Verhältnis zum Lebensunterhalt steht. Viele Verhandlungsführer der Arbeitnehmer ließen sich rasch davon überzeugen, daß der Unterschied „ledig — verheiratet" auch in der Entlohnung zum Ausdruck kommen muß, und diesem Umstand ist es zu verdanken, daß die Entlohnung dieser Art zur Verallgemeinerung führt. Es stehen sich in dieser Frage zwei Tatsachen direkt gegenüber: Wenn auf der einen Seite zugegeben werden muß, daß der Verheiratete unter Umständen mehr Auslagen hat wie der Ledige, so muß auf der anderen Seite auch das alte Sprichwort anerkannt werden: Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert. Klingt es doch eigenartig, wenn der Arbeiter durch sein Einverständnis mit dieser Entlohnungsart der alten Theorie des Kapitalismus indirekt zustimmt: Die Entlohnung des Arbeiters ist so zu bemessen, daß dieser als Kraft nicht allzu früh verloren geht. Wenn diese Frage noch nicht im Steinarbeiter zur Diskussion gestanden hat, so darf daraus nicht gefolgert werden, daß nun alles, ledig und verheiratet, ohne weiteres damit einverstanden ist! Ein Blick in die Versammlungen, oder besser gesagt, hinter die Versammlung, belehrt anders, und es wird besser sein, das Feuer freizulegen, als unter der Decke glimmen zu lassen.

Nun werden viele sagen: Es wird doch niemand bestreiten wollen, daß man z. B. für fünf Personen mehr Geld braucht als für eine einzelne. Das soll auch nicht geschehen. Jedoch befassen wir uns einmal mit den Folgen einer solchen Entlohnungsmethode. Dem jungen Mann (ich meine hier ganz besonders den gelernten Arbeiter) wird dadurch das Gefühl eingeprägt, er ist als gelernter Arbeiter noch nicht voll zu nehmen. Er wird überhaupt das Gefühl nicht los werden: Solange du nicht verheiratet bist, bist du kein ganzer Mann! Dieses Gefühl wird sich zweifellos auch am Interesse in Verbandsangelegenheiten bemerkbar machen. Nicht selten sind Fälle vorhanden, daß ein junger Mann, sagen wir im Alter von 25 Jahren, schon auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit in allen Gebieten ist, trotzdem aber besonderer Verhältnisse halber noch ledig sein kann. Der Höhe der Leistungsfähigkeit liegt aber ein gewisser Antrieb oder Anreiz zugrunde, welcher letzten Endes wieder die Entlohnung ist. Denn wenn er sieht, daß seine Leistung nicht durch die entsprechende Gegenleistung anerkannt wird, hat er auch schließlich kein Interesse, diese zu steigern. Und was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr, selbst wenn er heiratet! Es wird dadurch gewissermaßen der emporstrebenden Intelligenz des jungen Mannes ein Bleigewicht angehängt. Solange der Betreffende, infolge der obengeschilderten Gefühlsbeeinflussung sich seiner Leistungsfähigkeit nicht bewußt ist, bleibt es bei dem Verlust einer Vollkraft, ist er aber, und das wird in den meisten Fällen eintreten, von seiner vollen Leistungsfähigkeit überzeugt, so wird bei ihm der nächste Gedanke sein, wenn ich hier nicht zu meinem Recht komme, suche ich es wo anders. Auf diese Weise werden ganze Scharen jugendlicher Arbeiter in die offenen Arme der Kommunisten getrieben. (?) Verschiedene werden nun sagen: Laßt sie laufen! Damit ist aber dem deutschen Volk im allgemeinen und der Arbeiterjugend im besonderen ein schlechter Dienst erwiesen. Ein Sprichwort sagt: Der Jugend gehört die Zukunft; hier könnte noch angefügt werden: wer Interesse an der Zukunft hat, der sichert sich die Jugend, indem er sie mitnimmt. (Vergleiche die kommunistische Agitation.) Wieviel junge Manneskraft ist z. B. bei den verschiedenen Unruhen in der Zeit nach der Revolution vernichtet worden? Drängt sich da nicht die Frage auf: Was hätte gewonnen werden können, wenn diese Riesenmenge von Energie und edlem Vorwärtsdrang auf vernünftige und erreichbare Ziele eingestellt und angesetzt worden wäre? (Diese Verquickung mit der hier und da üblichen Entlohnung nach dem Familienstand, die geboren ist aus den unsicheren Wirtschaftsverhältnissen der Nachkriegszeit heraus, scheint uns recht gewagt und führt deshalb auch zu falschen Schlüssen. Schriftl.) Wenn auf diese Art und Weise dem jugendlichen Arbeiter auf allen Gebieten eine gewisse Passivität umgibt, ist noch ein Moment zu berücksichtigten. Es verliert bei ihm das ganze Zeitlohnsystem an Ansehen und Sympathie, während ihm auf der anderen Seite die Entlohnung nach Arbeitsleistung als gerechter erscheinen muß. Es werden unter diesen Umständen viele empfängliche Herzen geschaffen für den Akkord. Es bleiben nun zwei Fragen offen: Kann der Unternehmer dadurch, daß der Ledige einen geringeren Lohn erhält, billiger liefern, um auf die allgemeine Preisbestimmung eine günstige Einwirkung zu erzielen?, und: Würde dieser Umstand die geschilderten Folgeerscheinungen rechtfertigen? Es wäre m. E. richtiger, an den Kinderzulagen festzuhalten, denn nur die Zahl der Familienangehörigen ist bestimmend für die notwendigen Ausgaben; und wenn von besonderer Beihilfe für Verheiratete die Rede ist, und es erhält derjenige, der keine Kinder hat, denselben Lohn, wie der, der vielleicht vier oder fünf hat, so ist das noch vielsinnwidriger, als wenn ein Lediger dasselbe erhält, wie der Verheiratete, denn es kommt oft vor, daß der Ledige, der gezwungen ist, im Gasthaus zu essen und zu logieren, mehr Geld aufwenden muß, als ein Verheirateter ohne Kinder. Und wenn einmal ein Lediger in der glücklichen Lage ist, nicht all sein Geld, wie er es am Zahltag empfängt, die Woche über auszugeben, so ist ihm das schließlich zu gönnen. Es gibt doch zahlreiche Fälle, wo der landwirtschaftliche Dienstbote neben seinem Lohn noch Brotgetreide eingedingt hat, obwohl er bei dem Bauer sein Essen hat. Ich meine, wenn dem landwirtschaftlichen Arbeiter, der doch in sozialer und gewerkschaftlicher Hinsicht nicht an erster Stelle steht, Gelegenheit geboten ist, seine Familienangehörigen zu unterstützen, warum sollte das nicht auch dem ledigen gewerblichen Arbeiter möglich gemacht werden? Es ist nämlich nicht immer der Fall, daß bei den letzteren all ihr Geld in Zigaretten aufgeht.

Darum möchte ich noch einmal hervorheben, es solle im Interesse der gesamten Arbeitnehmerschaft und nicht zuletzt im Interesse des Handwerks dafür eingetreten werden, daß eine Entlohnung nach diesem Schema abgeschafft wird, und ich bin überzeugt, daß es auch keinen Schaden für den Unternehmer bedeutet. — Mit dem Vorstehenden soll nicht die Rolle eines Weltverbesserers gespielt werden, und es tut auch nichts zur Sache, ob der Artikelschreiber verheiratet oder ledig ist, sondern es soll nur ein Thema angeschnitten werden, was der Mühe wert ist, erörtert zu werden. Vielleicht benützt der eine oder andere Kollege diese Gelegenheit, um seine Meinung nach dieser Richtung hin zum Ausdruck zu bringen, damit auf diese Art und Weise das Beste und Brauchbarste zu gewinnen ist, was dann wieder als Richtschnur bei den Lohn- und Tarifverhandlungen zu gelten hat.

H.

*

Der 9. Verbandstag. Wieder sind zwei Jahre vergangen in der Verbandstätigkeit, und der Zentralvorstand ruft die Mitglieder auf, Delegierte zu wählen, die über das Wohl und Wehe des Verbandes beraten und dem Verbande Wege zeigen sollen, um die Wünsche der Mitglieder zu erfüllen. So werden nun in allen Zahlstellen Anträge beraten und eingereicht, um an dem Aufbau mitzuhelfen. Bei Beratung der Anträge wird mit in Erwägung gezogen: Hat der Zentralvorstand die auf dem letzten Verbandstag beschlossenen Anträge durchgeführt und seine gewerkschaftliche Tätigkeit im allgemeinen im Sinne der arbeitenden Kollegen erfüllt? Diese Frage wird von den meisten Kollegen, die sich um die Zustände im Reich kümmern, verneint werden. In den Wahlkreisen wird ein Kandidat, der mit der Tätigkeit des Zentralvorstandes einverstanden ist, und einer, der nicht damit einverstanden, aufgestellt, und wer die meisten Stimmen erhält, übt sein Mandat aus. (Ob die Aufstellung nach diesem Modus erfolgt, ist doch recht fraglich. Schriftleitung.) Ich will nun im weiteren die von mir einleitend angeführten Sätze aufklärend für die Kollegen beleuchten. Auf dem 8. Verbandstag in Würzburg wurde ich von der Opposition mit den meisten Stimmen in meinem Wahlkreis gewählt, hatte also die Pflicht, öffentlich, auch wenn ich allein gewesen wäre, den Standpunkt der Opposition von Beginn bis zu Ende der Verhandlungen zu vertreten und bei Abstimmungen zu bekunden, wenn ich nicht gegen meine Mandatgeber handeln wollte. Wieviel Delegierte auf dem 8. Verbandstag zur Opposition gehörten, stellte ich fest bei der Behandlung des Antrags: „Der „Steinarbeiter" ist in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung" drucken zu lassen." Hierfür stimmten 40 Delegierte von 87. Ein weiterer Antrag der Opposition war: „Für die Wahl der Zentralleitung ist die Verhältniswahl einzuführen." Hierfür stimmten nur einige 30 Kollegen. Gegen die Resolution, die der Zentrale das Vertrauen aussprach, stimmten 32 Delegierte, und bei der Wahl der Zentralleitung war die Opposition nur noch 11 Mann stark, die weiße Zettel abgaben. Für mich steht also fest, daß die Delegierten der Opposition nicht von Anfang bis Ende im Sinne ihrer Mandatgeber gehandelt haben, und um das auf dem 9. Verbandstag zu vermeiden, muß in den Versammlungen zu den wichtigsten Anträgen Stellung genommen werden, das Resultat dem Delegierten mitgeteilt werden, damit er nicht wieder gegen die Mandatgeber handeln kann. Ob unsere Zentralleitung alle Beschlüsse des 8. Verbandstages durchgeführt hat, muß ich verneinen. Eine Resolution wurde angenommen, die alle Bauberufsorganisationen sobald als möglich zu einer Konferenz verlangte, um da den Baugewerksbund zu gründen. Die Verhandlungen auf der Internationalen Steinarbeiterkonferenz zeigen mir, daß auf diesem Gebiete kein Schritt unternommen wurde; es steht aber fest, daß viele Zahlstellen im Reich sich von der Maurerorganisation den Lohn machen (?) lassen. In einzelnen örtlichen Tarifen heißt es: „Der Lohn steigt mit dem der Maurer mit so und soviel Aufschlag." Die Kollegen haben erkannt, daß die Konjunktur für das Baugewerbe noch auf Jahre hinaus günstig ist; dann muß auch unsere Zentralleitung erkennen, daß eine Verschmelzung der Organisationen eine der wichtigsten Aufgaben ist. — Ob unsere Zentralleitung im allgemeinen ihre gewerkschaftliche Tätigkeit erfüllt hat, ist zu prüfen, wenn man die Frage aufwirft: „Was hat unsere Zentrale getan, um die zehn Punkte des ADGB. zur Durchführung zu bringen?" Nichts! Das Steuerkompromiß ist fertig; wir sind nicht aufgerufen worden, für die Erfassung der Sachwerte zu kämpfen! Unsere Zentralleitung kann das nicht und wird das nicht können, solange sie Mitglied der Arbeitsgemeinschaft (?) ist und sie Mitglieder der SPD. sind (?), die im Reichstag für den Steuerraubzug gegen die Arbeiter gestimmt haben. Der 9. Verbandstag muß gründlich zu diesen Fragen Stellung nehmen und aus dem Wege räumen, was ihn hindert, gewerkschaftliche Fragen gründlich zu lösen; es muß in den Zahlstellen erneut zu den Anträgen: „Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands hat aus der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer

Alte Gebräuche in der Steinmetzkunst.

Im schwedischen „Stenarbetaren", dem Organ unserer dortigen Bruderorganisation, wurde kürzlich ein Artikel vom Kollegen Ol. Carlßon veröffentlicht, der das Ergebnis von Untersuchungen über „Stenhuggarmärken" an verschiedenen alten schwedischen Baulichkeiten, vornehmlich Kirchen, mitteilte. Diese alten Gebräuche der Steinmetzen, dem fertigen Werkstück ein persönliches Signum einzumeißeln, entstammen Deutschland aus der Zeit der deutschen Bauhütten und übertrugen sich durch Wanderungen ganzer Baukorporationen unter Führung eines Baumeisters, wahrscheinlich auch einzelner Steinmetzen nach dem Auslande. Auch hier hat man für diese „Stenhuggarmärken" eine Bezeichnung, also ein Beweis, daß solche an dortigen alten Baulichkeiten tatsächlich festgestellt wurden. In Deutschland nennt man sie: „Steinmetz-Zeichen"; in England: „Masons marks"; in Frankreich: „Signes des tailleurs de pierre"; in Italien: „Signi incisi nei massi". Bereits sollen ähnliche Zeichen — Runenschrift — an sehr alten griechischen Bauten, ferner in Rom, an Ruinen aus Trojas Zeiten, an Pompejis Ueberresten und andern mehr aus alter Zeit festgestellt worden sein. Ein Beweis recht alter Ueberlieferung, die von den Meistern und Gesellen der mittelalterlichen Bauhütten wieder in Anwendung kam. Man hat lange Zeit diesen Zeichen und Hiroglyphen früherer Zeiten allerhand Geheimnisvolles und Dunkles unterstellt, wie immer in früheren Jahren. Denn an der Grenze des Denk- und Erklärungsvermögens stand sofort das Mystische, also Geheimnisvolle. Untersuchungen von Kunstforschern haben jedoch festgestellt, daß solche Zeichen und Hieroglyphen persönliche Ehrenzeichen und eine Art Warenmarken darstellen, womit allerdings die Urheber damals etwas Bestimmtes, besonders im Mittelalter, zum Ausdruck bringen wollten. (Kein Pfuschertum, im Handwerk „ehrlich", Wanderung usw.). In der Keßlerschen Geschichte der deutschen Steinarbeiterorganisation, die längst vergriffen ist, finden sich darüber einige Angaben, die uns Aufschluß geben und es schadet sicherlich nichts, wenn wir im Zusammenhang mit den Steinmetzzeichen einiges daraus entnehmen. Aus erhaltenen Urkunden wissen wir, daß im 9. Jahrhundert schon eine bedeutende Bautätigkeit vorhanden war, die sich aber erst im 10. und 11. Jahrhundert zu voller Blüte entfaltete und ihren Ausdruck fand in den deutschen Bauhütten. In einer großen Anzahl deutscher Klöster entstanden solche Bauhütten; ihr Ruhm reichte weit über die Landesgrenzen hinaus. Die Laienbrüder in den Klöstern waren Handwerker, Steinmetzen, Maurer, Zimmerer, Schmiede usw., sie standen ohne Mönche zu sein, unter strenger klösterlicher Zucht, waren in Bruderschaften gegliedert und mußten einem Meister aufs Wort gehorchen. Die Mitglieder der deutschen Klöster-Bauhütten gehörten durchaus nicht einer Nation an, sondern man nahm geeignete Personen auf, ohne Rücksicht auf Nationalität, die Mönchsorden waren ja auch international. Dafür wanderten diese Mitglieder — die Steinmeetzn — ungehindert und von allen öffentlichen Lasten befreit, durch alle Länder, wohin sie immer gerufen wurden, um große Bauwerke auszuführen. Polen, Schweden, Norwegen, Spanien, Frankreich und Italien sahen damals durch Laienbrüder, die aus den deutschen Benediktiner-Klöstern stammten, ihre Kloster- und Kirchenbauten ausführen. — Die Genossenschaft einer Bauhütte lebte während eines Baues meistens in aufgeschlagenen Hütten. Der Baumeister herrschte wie der Kommandant einer Festung und wer nicht Baumitglied war, konnte ohne Paßwort die Hütte nicht betreten. Letztere waren zuweilen auch feste Gehäude, von Steinen erbaut, die nach Vollendung des Baues blieben. Seit dem 13. Jahrhundert gehen diese klösterlichen Bauhütten nach und nach in die Hände weltlicher Meister über und nahmen dann einen mehr zunftartigen Charakter an. Es bestanden dann im „römischen Reich" vier Haupthütten: Straßburg, Wien, Zürich, Köln a. Rh., später auch Dresden. Im 13. Jahrhundert macht sich dann die Geheimnisspielerei mit Zahlen, Figuren und Formeln in den Bauhütten breit. Das Achteck wird als der Inbegriff aller Weisheit und der Schlüssel aller Geheimnisse angesehen. Davon eine Probe:

„Es ist aber die Einheit, welche im Achteck liegt, der Schlüssel der Geheimnisse der neu erfundenen Baukunst. Das eine ist die Kraft, das unerforschte Etwas, der Anfang und das Ende aller Zahlen, welche alle andern Zahlen einschließt und doch selbst keine Zahl ist; es ist weder gerade noch ungerade und macht doch beides aus, entspringt aus keiner Zahl und läßt sich durch keine arithmetische Form herstellen. Eins ist Gott — und Gott ist Eins, und Eins ist ohne Anfang und Ende — ewig —, was zu allen Zeiten durch den Zirkel oder den gerechten Kreis symbolisch ausgedrückt wurde. Im Zirkel ist die Kraft, das beharrliche Streben, stets wieder an den ersten Ausgangspunkt zu gelangen, ausgedrückt, er ist das wirksamste Werkzeug der praktischen Baukunst usw."

Brr! wird gewiß mancher Leser nach dem Vorstehenden unwillkürlich von sich geben. Als Beweis der Geheimspielerei mit Zeichen und Zahlen, die nur dem Eingeweihten bekannt waren und als Legitimation dienten, langt es gewiß zu. — Die Steinmetzen, ob Meister oder Geselle, waren alle gleichberechtigte Mitglieder der Bauhütte. Im Gegensatz zu andern Gewerben hießen die Gehilfen nicht Knechte, sondern Gleiche = „Gesellen". Die Lehrlinge wurden „Diener" genannt. Bei den Meistern gab es mehrere Grade, je nach der Fertigkeit in der Baukunst.

Der Geselle hatte ein bestimmtes Zeichen, das aus geometrischen Figuren bestand und was seit dem 15. Jahrhundert in das Gesellenbuch neben seinem Namen eingetragen wurde. Die Zeichen bestanden aus geraden Linien und Winkeln. Sie finden sich nur da, wo die Bauhütte nicht zum Kloster gehörte. Der Geselle durfte das Zeichen erst dann auf den von ihm bearbeiteten Stein setzen, wenn der Stein vom Polier abgenommen und als gut befunden war. Diese Zeichen bieten ein wichtiges Mittel, um das Alter mancher Bauten festzustellen, ebenso die ausführenden Meister und Gesellen, woraus man auch zuweilen auf den Baumeister schließen kann. Die Steinmetzzeichen waren noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Gebrauch und wurden auf die Steine gehauen, wenn der Meister es erlaubte. Die Hütten, die für jeden Steinmetzen offen standen, waren für jeden andern geschlossen. Selbst fürstliche Personen, vor denen bekanntlich früher alles zusammenklappte, mußten sich erst aufnehmen lassen, wenn sie einer Sitzung der Bauhütte beiwohnen wollten. Noch bis in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts waren bei den Steinmetzen mancher Länder Gebräuche und Zeremonien üblich, die zum Teil aus den Bauhütten stammten. Sie hatten eigenen Händedruck, gewisse Haltung oder Bewegung des Körpers, der Füße, woran die Eingeweihten die Landsmannschaft und den Lehrort erkennen konnten.

Um wieder auf die Feststellungen unseres schwedischen Kollegen zurückzukommen, muß noch vermerkt werden, daß in der Domkirche zu Skara fünf verschiedene „Stenhuggarmärken" und in oder an der Domkirche zu Linköppings achtzehn gezählt wurden. Bei den letzteren sind sogar zwei, die von den geraden Linien in Verbindung mit Winkeln abweichen und in der Form irgendein Werkzeug darstellen. Insgesamt sind an den alten Kirchenbauten in Schweden 77 verschiedene Steinmetzzeichen entdeckt. Auch die Meister scheinen ihre besonderen Merkzeichen gehabt und auf die Steine haben anbringen lassen, diesen kommt nach der neueren Forschung in Schweden eine tiefere Bedeutung bei: Schlüssel zur Gebäudekonstruktion! Nur den Meistern bekannt und erklärlich, war es ihr großes Geheimnis und bei der Meisterprobe von ausschlaggebender Bedeutung. Ferner soll in Schweden der Brauch geherrscht haben, daß der Steinmetzgeselle, der auf einem Bau antrat, geprüft wurde, ob er an Hand der „Stenhuggarmärken" feststellen konnte, aus welcher Zeit das Bauwerk stammte, an dem er mitarbeiten sollte. Es kann sich hierbei dann nur um Erweiterungsbauten oder Reparaturen alter Bauwerke gehandelt haben, sonst wäre das Examen in dieser Form widersinnig gewesen — Die alten Gebräuche des Handwerks haben der industriellen Entwicklung weichen müssen und nicht nur die Gebräuche, sondern manches einst blühende Handwerk vegitiert heute kümmerlich und ist jetzt nur eine Art Flickschuster für industrielle Erzeugnisse. Für das Steinmetzhandwerk trifft das weniger zu, nur ist seine Bedeutung im Bauwesen ganz erheblich zurückgedrängt, und wenn man heute sich in alte Schwarten vertieft, die frühere Bräuche und Formeln der Nachwelt erhalten haben, dann gibt es gewiß nur wenige, die solche Gebräuche zurückwünschen. Nur die Blütezeit der Steinmetz-Baukunst wünschen wir zurück, nicht für Kirchen, Klöster und Schlösser, sondern für Bauten, wo freier Geist und frische Luft weht. Der Formel- und Zunftkram mag in der Versenkung bleiben. Von dieser Steinmetz-Glanzperiode haben sich auch manche Verschen, Sprüche und Lieder erhalten, von dessen Ueberschwenglichkeit das nachstehende Zeugnis ablegt:

Warum ist der Steinmetzstand
Ein hoher, göttlicher Beruf?
Weil Gott der Herr vor grauer Zeit,
Ja selbst das Handwerk schuf.
Der erste Steinmetz war er selbst
Und Moses war der zweite.
Drum lieb auch ich den Steinmetzstand,
Weil sich selbst Gott ihm weihte!

Hin und wider trifft man noch Handwerksgesellen, hauptsächlich Zimmerer, die zunftmäßig ausstaffiert sind: 2 bis 3 Münzen untereinander hängend am Ohrläppchen, mit fürchterlichen Hosen und ebensolchen Hüten! Für die heutige Zeit sieht so etwas nicht nur krampfhaft, sondern recht spaßig aus. Diese Zunftkleidungsanhänger bekunden damit sicherlich große Berufsanhänglichkeit, aber sie tragen unbewußt eine Rumpelkammer zur Schau, die, wie ein Nebel- oder Dunstkreis ihre Person umgibt, aus dem sie dann wie ein abgestaubtes Bild aus dieser Kammer herausragen, weiter stellen sie sicher nichts dar. — Von alten Gebräuchen aus unserm Beruf gelegentlich mehr.

auszuscheiden" (Im „Steinarbeiter" Nr. 6 vom 5. Februar, Jahrgang 1921, wurde unter „Rundschau" den Verbandsmitgliedern von dem Austritt unseres Verbandes aus der Reichsarbeitsgemeinschaft mit kurzer Begründung Kenntnis gegeben! Den „Steinarbeiter" muß man schon lesen, sonst fehlt die Information über Vorgänge im Verband, und eine Kritik an längst erledigten Sachen ist dann nur mit dem Schlagwort „Opposition" zu entschuldigen. Schriftl.), „Für die Wahl der Zentralleitung ist die Verhältniswahl einzuführen", „Die Gründung des Baugewerkbundes ist sofort durchzuführen", Stellung genommen werden. Eine weitere Frage, unseren Organisationen im allgemeinen einen anderen Aufbau zu geben, werde ich erörtern, wenn unsere Zentrale die Abrechnung vom 4. Quartal im „Steinarbeiter" gebracht hat.

Paul Harz, Weimar.

Aus den Zahlstellen.

Köln. Am 13. Januar fand im Lokale Heetz, Kämmergasse, unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende Kollege Kuhn gab den Jahresbericht, dem folgendes zu entnehmen ist. Das verflossene Jahr war wie das seiner Vorgänger ein Jahr des Niederganges und weiteren Verelendung der deutschen Arbeiterschaft. Die Kölner Kollegen waren gezwungen, drei Streiks zu führen. Zwei von den Marmorarbeitern und einer von den Steinmetzen. Während die ersteren um Lohnerhöhungen kämpfen mußten, handelte es sich bei dem dreitägigen Streik der Steinmetzen um Anerkennung der Ferien und Werkzeugfrage. Für jede Branche konnte ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Die Löhne konnten im Berichtsjahre von 7.48 Mark auf 14.20 Mark, um nicht ganz 100 Prozent, gesteigert werden. In den Vorjahren betrug die Steigerung 120 Prozent. Ein Ueberbleibsel aus alter Zeit (zwei Zahlstellen an einem Ort) wurde von den Kölner Kollegen hinweggeräumt und beide Zahlstellen vereinigt. Wenn hierdurch die Steinmetzen bei dem 3½-wöchigen Streik der Marmorarbeiter größere Opfer gebracht haben, so zeugt das nur von ehrlichem Willen und Solidaritätsgefühl und es ist zu hoffen, daß sich die Marmorarbeiter Kölns organisch dem Ganzen einfügen und die Verschmelzung zum Vorteil beider Branchen ist. Die Verbindlichkeitserklärung des RAV. brachte dem Vorstande eine Masse Arbeit, da die Unternehmer, besonders in der Marmorbranche, den RAV. als ein Buch mit sieben Siegeln betrachteten. Fast jede Woche brachte Reklamationen in der Ferien- und Werkzeugfrage, der größte Teil mußte am Gewerbegericht ausgetragen werden. Bedauerlich sei nur, daß es noch Kollegen gäbe, die zu ängstlich sind, sich ihren Urlaub zu fordern. Die Urabstimmung über die Beitragserhöhung ergab für Köln 103 Stimmen für ersten und 6 Stimmen für zweiten Vorschlag. In der am 6. Januar stattgefundenen Versammlung, die Stellung zu dem „Diktat" der Zentralinstanzen nahm, beschloß die Versammlung für Steinmetzen und Marmorarbeiter der ersten Klasse = 13 Mark beizutreten. Für Hilfsarbeiter, jugendliche und weibliche Arbeiter sollen vier Klassen geschaffen werden, und zwar die 3., 5., 7. und 8. Klasse. Wenn auch die Versammlung gegen die Beschlüsse der Instanzen nichts einzuwenden hat, weil wir wieder damit eine Kampforganisation werden, und aber auch nur dieser gern unsere Opfer bringen wollen, konnte die Versammlung es nicht unterlassen, ihr Befremden darüber zum Ausdruck zu bringen, daß die Zentrale, die nicht genug über die Kommunisten und ihre Diktatur herfallen, nunmehr selbst zur Diktatur übergegangen ist. Es wurde eine dahingehende Resolution einstimmig angenommen: „Da der diktatorische Geist in der Zentrale eingezogen zu sein scheint, sei zu hoffen, daß uns der „Steinarbeiter" künftig mit kommunistenfresserischen Artikeln verschont." (Ganz schrecklich ist das, nun wird die Schriftleitung gar noch zu den Kanibalen geworfen? Sbd.) Für den erkrankten Kollegen David sind von den Kollegen 860 Mark als Weihnachtsgeschenk gesammelt worden. Im Namen des Kranken dankt Kuhn für diese Spende. Die Mitgliederzahl stieg im letzten Quartal von 104 auf 160 Mitglieder. Zum Schluß fordert Redner die Kollegen auf, auch in diesem Jahre treu zur Fahne zu stehen und sich jederzeit kampfbereit zu halten. In der Diskussion wurde dem Vorstande für seine Arbeiten Dank und Anerkennung einstimmig ausgesprochen. Die Quartalsabrechnung wurde von den Revisoren für richtig befunden. Es ergab sich ein Kassenbestand von 4144.29 Mark, dem Kassierer Kollege Lung wurde einstimmig Entlastung erteilt. Im Punkte Neuwahlen wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. An Stelle des 2. Vorsitzenden wurde Kollege Liermann, als 2. Kassierer Kollege Knopp gewählt. Die Wahl der Gauleitung ergab die Kollegen Kuhn, Knopp und v. Kalkreuth. Revisor wurde Kollege Pet. Offermann und Kollege Rodenkirchen. In den Ortsausschuß wurde Kollege Liermann gewählt. Kollege Knopp erstattet hierauf den Bericht der Bauarbeiterschutzkommission. Es wurde beschlossen, derselben beizutreten und die Mittel sechs Pfennig wöchentlich pro Kopf bewilligt. Unter Verschiedenes wurde beschlossen, den Tarif der Marmorarbeiter zu kündigen und einen neuen, der feste Grundlöhne der Hilfsarbeiter und Jugendlichen vorsieht, evtl. durch den Schlichtungsausschuß feststellen zu lassen. Darauf erfolgte Schluß der harmonisch verlaufenen Versammlung.

Kappelrodeck. Unsere Generalversammlung vom 15. Januar wies einen mäßigen Besuch auf. Die auswärtigen Kollegen waren zahlreich erschienen, bloß die einheimischen fanden es nicht alle der Mühe wert, die Generalversammlung zu besuchen. Zur Tagesordnung erstattete der Vorsitzende, Tätigkeitsbericht des verflossenen Jahres, kurz und sachlich fassend, ging's zum 2. Punkt der Tagesordnung über. Der Kassierer gab die Abrechnung vom Schlußquartal bekannt. Der Kassenüberschuß zeigte nun den Kollegen, wie im letzten Jahr mit Sparsamkeit gewirtschaftet wurde, um einen nennenswerten Kassenbestand zu erzielen. Dank und Entlastung wurden darauf dem Kassierer. Hierauf gab der Vorsitzende Aufschluß über die letzten Unterhandlungen mit den Arbeitgebern in der Pflastersteinbranche. Gefordert waren 35 Prozent Teuerungszulage, wurden aber durch große Mühe nur 20 Prozent bewilligt. Das Ergebnis wurde angenommen, aber gleich verlangt, möglichst bald wieder mit einer neuen Forderung, um der stets zunehmenden Teuerung und den anderen Berufen gleichgestellt zu werden, an die Unternehmer heranzutreten. Im Punkt 4 wurde die Neuwahl des Gesamtvorstandes erledigt. Sämtliche, mit Ausnahme der Revisoren, wurden wiedergewählt. Der Gesamtvorstand verpflichtete sich, so wie im letzten Jahre auch in diesem Jahre zusammenzuarbeiten, treu und ehrenhaft zur Sache stehen, alles zu überwinden, was das Jahr nur auch bringen möge. Zu Punkt Verschiedenes wurde von den Kollegen der Antrag gestellt, der voraussichtlich zunehmenden Teuerung sämtlicher Artikel der Lebenshaltung eine Forderung von 550 Prozent für die Werksteingruppe einzureichen. Kenntnis davon nehmend, leitet der Vorsitzende den Antrag an den Unternehmervorsitzenden weiter. Damit nahm die harmonisch verlaufene Versammlung ihr Ende.

Hornberg. Am 15. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Eisenbach gab die Abrechnung vom letzten Quartal bekannt. Kasse und Bücher wurden in bester Ordnung befunden. Da kein Einspruch erhoben, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt und der Dank ausgesprochen für die gewissenhafte Verwaltung der Kasse. Die Neuwahl ergab: 1. Vorsitzender: Alois Kufner, 2. Vorsitzender: Jakob Link, der Kassierer wurde wiedergewählt. Zum Schriftführer Andreas Ruprecht, als Revisoren die Kollegen Ohnemmus und Engelmeier. Zur Regelung der neuen Beitragsklassen wurde einstimmig für die Zahlstelle die 4. und 5. Klasse beschlossen. Sodann erstattete Kollege Kufner Bericht von der letzten Lohnverhandlung. Es wurde dort wiederum nach langem Hin und Her eine Teuerungszulage von 20 Prozent erzielt, was ja im Verhältnis zur Teuerung viel zu wenig ist. Ebenfalls wurde der abgelaufene Tarif wieder neu abgeschlossen. Nach Besprechung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die gutbesuchte Versammlung beendet.

Königshain. Am 22. Januar fand im Gasthof zum Fürstenstein die Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle statt, war sehr gut besucht. Die Tagesordnung hatte viele Punkte und man überwies Einzelheiten besonders gebildeten Kommissionen, z. B. die Lehrlingsfrage. Aus dem Jahresbericht war besonders zu entnehmen, daß es hier in der letzten dunklen Ecke Schlesiens an Anstrengungen nicht gefehlt hat. Bei einigen Lohnverhandlungen kündigten die Unternehmer Arbeitsverkürzung an. Aber daran schien ihnen schließlich auch nichts gelegen, denn sonst hätten sie mindestens von dem so viel Gesprochenen eine Probe gemacht. Es wurden im vergangenen Jahr fünf Lohnforderungen gestellt, die schließlich jedesmal, wenn auch wenig, mit einer Aufbesserung endeten. Allerdings mußte die Gauleitung immer dabei helfen. Der Durchschnittslohn im Dezember war etwas über 7 Mark. Es wurde von der Versammlung beantragt, auch weiterhin nicht zu ruhen, um den Lebensunterhalt der Kollegen zu sichern. Größere Debatten gab besonders die Beitragserhöhung, beschlossen wurde, 7 Klassen einzuführen, jeder hat nach seinem Stundenlohn am 15. Januar seinen Beitrag zu entrichten. Sehr empört sind die Kollegen über die Nachbar-Zahlstelle Arnsdorf, die nicht über 4 M. pro Woche kleben will. In Versammlungen nie genug, alles zu wenig, aber 1 M. für den Verband, das ist zu viel, wir verdienen gewiß zu wenig, aber der Verdienst ist dort genau so wie hier in Königshain. Am Schlusse der Versammlung wurden noch die Wahlen und verschiedene Anträge erledigt. Es erfolgte in allen Funktionen Wiederwahl, außer dem Kassierer, zu welchem Kollege Karl Kretschmer gewählt wurde.

Lindenfels. Der Vorsitzende dankte den Kollegen für ihr zahlreiches Erscheinen. Alsdann gingen wir zur Tagesordnung über. Kollege Thomasberger gab die Abrechnung vom vierten Quartal 1921 bekannt, die von der Revision für richtig befunden wurde. Von den Kollegen erfolgte keine Beanstandung, darauf wurde dem Kassierer Dank ausgesprochen. Hierauf erfolgte die Bekanntgabe über die Bezirksvorstandssitzung vom 15. Januar in Bensheim, zugleich auch Bericht über die Lohnverhandlungen in Würzburg. Daraufhin wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Der Vorsitzende wurde wiedergewählt, 2. Vorsitzender wurde der Koll. Gottmann. Auch dem bisherigen Kassierer wurde das Amt weiter übertragen und Schriftführer nebst Revisoren gewählt, auch die Beisitzer. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde, um strittige Punkte zu regeln, eine Tarifkommission für Steinhauer und Schleifer eingesetzt. Im Punkt Verschiedenes wurde das Fernbleiben einzelner Kollegen von den Versammlungen beanstandet; es sind immer dieselben Kollegen in Versammlungen anwesend, die für die Existenz kämpfen, während sich die übrigen nur so mitschleppen lassen. Sollte sich der Besuch der Versammlungen nicht bessern, so ist die Ortsverwaltung gezwungen, die Säumigen mit einer Strafe zu belasten. Am Schluß der Versammlung ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, den Kassierer beim Erheben der Beiträge tatkräftig zu unterstützen.

Marolsweisach. Die Generalversammlung fand im Kasino Basaltwerk Vokawind am 22. Januar statt. Auf der Tagesordnung stand Abrechnung des vierten Quartals sowie Jahresabrechnung, Wahl der Vorstandschaft und Anträge. Der Kassenbericht ergab Lokalkassenbestand von 2306.91 Mark. Dem Kassierer Gottschaldt wurde für seine lobenswerte Buchführung Anerkennung gezollt. Die Neuwahl ergab Wiederwahl fast aller tätigen Kollegen. Dann wurde ein Antrag eingebracht vom Kollegen Hoffmann, die Lokalzuschläge wegfallen zu lassen und vom Kollegen Schmidt die Arbeitgeber kritisiert, weil diese jederzeit die Lohnverhandlung so weit wie möglich hinauszerren. Auch wurde beschlossen, 7 Kollegen, die als Maurer bei Maurermeister Welz beschäftigt sind, betreffs ihres schlechten Lohnes nach Kräften zu unterstützen. Zum Wegfall des Lokalzuschlags wünschte der Vorsitzende, den Lokalzuschlag von 20 Pf. auf 50 Pf. wöchentlich zu erhöhen und den Kollegen bei Krankheitsfällen von der Lokalkasse ein Krankengeld von 80 Pf. pro Tag zu gewähren. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, alle 14 Tage einen Lokalzuschlag von 50 Pf. zu erheben. Beschlossen wurde ferner, eine Beerdigungskommission von 13 Mann zu wählen. Eine Revision der Mitgliedsbücher zeigte, daß Kollegen Beitragsmarken fehlten. Das Verlieren der Marken können wir in Zukunft nicht einreißen lassen. Deshalb sollen nunmehr die Mitgliedsbücher beim Kassierer Gottschaldt lagern, damit die Markenverliererei aufhört. Der Vorsitzende gab dann einen Rückblick von den Lohnkämpfen, die im verflossenen Jahre geführt wurden, trotz aller Hartnäckigkeit haben wir doch den Stundenlohn, von 1.95 M. auf 5 M. steigern können. Mit diesem Stundenlohn ist jedoch ein Leben nicht gut möglich. Kollege Schmidt ermahnte dann noch die Kollegen, die bürgerliche Zeitung aus der Familie zu bannen, damit wir unsere Gegner nicht noch unterstützen. Organisierte Arbeiter sollen sich auch mit Politik beschäftigen.

Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

(V. W. B.) Symptome des Staatsbankrotts. Seit geraumer Zeit wird in Deutschland die Frage erörtert, ob ein modernes Staatswesen einen völligen Bankrott erleiden und in welchem Stadium des finanziellen Niedergangs der Staat als bankrott bezeichnet werden könne. Das Beispiel Rußlands zeigt ebenso wie die neuere Entwicklung in Polen, Deutsch-Oesterreich und Deutschland, daß ein Staat (im Gegensatz zum Privatmanne) seine Zahlungen durchaus nicht einzustellen braucht, sondern daß er rein formell seinen Verpflichtungen dadurch nachkommen kann, daß er große Mengen Papiergeld zur Bezahlung der Anleihezinsen, der Beamtengehälter usw. ausgibt. Und doch sind auch diesem Verfahren gewisse Grenzen gesetzt. So kann z. B. die Tatsache, daß der Staatsbeamte durch die Entwertung des Geldes in eine Notlage gerät, die ihn alle Beamtenpflicht und Beamtenvorrechte vergessen läßt, als untrügliches Symptom eines unmittelbar bevorstehenden Staatsbankrotts gelten. Wer den hinter uns liegenden Eisenbahnerstreik „sine ira et studio" (Ohne Zorn und ohne Vorliebe. Schriftl.) betrachtet und ganz objektiv seine tieferen Ursachen aufzudecken sucht, wird finden, daß der Staat infolge seiner traurigen Finanzlage nicht mehr imstande ist, einen wichtigen Teil seiner Beamtenschaft so zu besolden, daß diese vor Sorge und Not geborgen wären. Eisenbahntarife und Steuern haben bereits eine Höhe erreicht, die kaum noch überboten werden kann und eine weitere Verteuerung des Gütertransportes würde automatisch eine vielleicht noch stärkere Erhöhung der Preise für die wichtigsten Lebensbedürfnisse nach sich ziehen. Es ist begreiflich, daß der einzelne Beamte, noch dazu unter der Einwirkung einer bestimmten Propaganda und angesichts einer unklaren und hinzögernden Stellungnahme der obersten Regierungsorgane seinen Pensionsanspruch und all seine sonstigen Vorrechte nicht mehr so hoch einschätzt, wie es in normalen Zeitläufen der Fall war und daß er für sich das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel in Anspruch nimmt. Es ist dies gewiß für die Aufrechterhaltung eines geordneten Staatsbetriebes eine recht unerfreuliche Konsequenz, es nützt jedoch nichts gegen dieselbe mit drakonischen Strafen und Maßregelungen vorzugehen. Die Frage der Stabilisierung der Staatsautorität ist eng verknüpft mit derjenigen der Stabilisierung der deutschen Papiermark. Einem insolventen Staate gegenüber fühlt sich schließlich der Beamte doch nicht mehr zur unbedingten Wahrung des Teuerungsverhältnisses verpflichtet. Er betrachtet den Staat als bankrotten Kontrahenten, dem gegenüber Verträge nur innezuhalten sind, wenn gewisse Sicherheiten geboten werden. Man mag vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus über das Vorgehen der Eisenbahner urteilen wie man will, man mag den Streik unter dem Gesichtswinkel der unbedingten Wahrung staatlicher und öffentlicher Interesse verurteilen, man wird aber nie und nimmer leugnen können, daß dieser Streik ein gefährliches Menetekel für den Fortbestand der deutschen Republik gewesen ist und daß es allerhöchste Zeit ist, unsere gesamte Wirtschaftspolitik von Grund aus zu revidieren. Wollen wir zu stabilen Verhältnissen auf finanziellem wie auf politischem Gebiet kommen, so müssen wir unter allen Umständen danach streben, die Produktion aufs äußerste zu steigern. In dieser Beziehung müssen alle Kreise der deutschen Wirtschaft, Unternehmer wie Arbeiter und Angestellte, Kaufleute und Bankiers, Kapitalisten und Staatsbedienstete weitgehende Opfer bringen, ganz gleich, ob es sich um traditionelle Vorrechte oder um von Partei wegen aufgestellte Zukunftsprogramme handelt. Das deutsche Volk kann über die augenblickliche Notlage nicht oft und nachhaltig genug aufgeklärt werden. Es muß wissen, daß neben den unerträglich hohen Reparationslasten auch die im Vergleich zur Vorkriegszeit noch immer stark zurückgebliebene Produktion die Schuld an der fortgesetzten Entwertung unserer Währung trägt. Das Staatswesen ist überlastet mit Tausenden von Beamten und Angestellten, die aus irgendwelchen Rücksichten bisher nicht entlassen wurden und die keinerlei produktive Arbeit mehr leisten. Für diese überzähligen Kräfte muß schleunigst anderwärts Beschäftigung geschafft werden. Da der deutsche Arbeitsmarkt im Vergleich zu demjenigen des Auslandes eine ungewöhnlich niedrige Arbeitslosigkeit, auf vielen Gebieten sogar einen fühlbaren Mangel an Arbeitskräften aufweist, muß es möglich sein, den Staat von seinen überzähligen Kostgängern gerade im jetzigen Moment zu entlasten. Aber auch in der privaten Wirtschaft darf nichts unterbleiben, was eine größere Ausnutzung des Produktionsertrages — natürlich unter Wahrung der wohl erworbenen sozialen Rechte der Arbeitnehmer — ermöglicht. Ein wertvolles Instrument in dieser Hinsicht bilden die Betriebsräte, die Hand in Han mit dem Unternehmertum, dabei aber die Interessen der Arbeitnehmer schützend, danach streben müssen, dem einzelnen Betriebe die größtmögliche Ausnutzung aller geschäftlichen Möglichkeiten zu sichern. Man wähle deshalb in den Betriebsrat nicht diejenigen Arbeitskollegen, die am lautesten schreien und unbegrenzte Versprechungen machen, sondern diejenigen, die den Betrieb genau kennen und sich dessen bewußt sind, daß die Produktionsmittel nicht nur ein Instrument zur Erzielung von Unternehmergewinnen darstellen. Der Arbeiter ist an der Erhaltung, Erneuerung und weitgehenden Ausnutzung des Produktionsapparates mindestens ebenso sehr interessiert wie der Unternehmer. Er muß deshalb nicht nur die handgreifliche, sondern auch die intellektuelle Sabotage verwerfen. Er ist zum Schutze der Produktionsinteressen genau so berufen, wie der Fabrikant oder Fabrikdirektor. Der an sich natürliche Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit darf nicht über die Verteilung des Produktionsertrages hinaus wirken. Das sind gewiß recht elementare Weisheiten, aber bei der heutigen aufgeregten und überreizten Stimmung wird gerade das Einfache sehr häufig übersehen und derjenige Gewerkschaftsführer oder auch Arbeitskollege scheel angesehen, der den Mut besitzt, seinen Berufsgenossen die Dinge so zu schildern, wie sie nun einmal liegen und hier und da eine Fata morgana richtig zu kennzeichnen. Wir müssen heraus aus der Welt der Illusionen und der Zukunftsmusik, wir müssen uns mit der rauhen Wirklichkeit abfinden und jeder zu seinem Teile arbeiten und dahin wirken, daß der Staat, der für uns den Inbegriff einer Fülle wertvoller politischer und sozialer Fortschritte und Errungenschaften bildet, nicht der Gefahr einer Reaktion oder einer Diktatur von rechts oder links ausgesetzt wird. Die Frage der Staatsautorität ist, wie gesagt, ein Problem der Stabilisierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Zu dieser aber können wir nur kommen auf der Grundlage einer gesunden Produktionspolitik. Nicht blendende groß aufgemachte Programme und Sanierungsvorschläge können uns helfen. Nur das Einfache hat Erfolg. Haben wir uns der Erfüllungspolitik verschrieben, so müssen wir jeder an seinem Teile durch angestrengte produktive Arbeit die Voraussetzung für die Erfüllung schaffen. Beharren wir aber im Stadium des Debattierens und fruchtloser Kämpfe untereinander, so wird nicht nur die Staatswirtschaft dem Untergang preisgegeben sein, sondern auch über unserm Platz am Weltmarkte wird eines Tages geschrieben stehen: „Betrieb eingestellt!"

*

Vom internationalen Arbeitsmarkt. Die Wirkung der noch immer fortdauernden Geldwirtschaftskrise äußert sich mit ganz besonderer Schärfe am Arbeitsmarkte der hochvalutarischen Länder. Am stärksten ist unser Hauptkonkurrent am Weltmarkte Groß-Britannien betroffen. Nach den Feststellungen der englischen Statistik waren Ende Dezember v. J. nahezu zwei Millionen Arbeitslose vorhanden gegen rund 700 000 Ende Dezember 1920. Prozentual ergibt sich eine Steigerung von 5,8 auf 16,2 v. H. Hierbei sind noch nicht berücksichtigt die Kurzarbeiter, bei denen vielfach der Grad der Arbeitsverkürzung so stark ist, daß sie auf Grund der gesetzlichen Bestimmung berechtigt sind, Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung zu beantragen. Ende Dezember 1921 wurden 316 000 derartige Kurzarbeiter gezählt, die Unterstützung empfingen. Angesichts einer solchen ungünstigen Arbeitsmarktlage erscheint es nicht weiter verwunderlich, daß der Lohnabbau in England im letzten Jahre beträchtliche Fortschritte gemacht hat. Es ergibt sich für durchschnittlich etwa sieben Millionen Beschäftigte eine Herabsetzung der Wochenlohnsumme um 6,7 Millionen Pfund Sterling, während im Jahre 1920 bei etwa 7,7 Millionen Arbeitern eine Lohnerhöhung um 4,8 Millionen Pfund Sterling zu verzeichnen war. Von den Lohnherabsetzungen des vergangenen Jahres beruht ein Betrag von 3,75 Millionen Pfund auf Vereinbarung über gleitende Lohnskala. In Belgien ist gegen Jahresschluß eine leichte Besserung der Arbeitsmarktlage eingetreten. Immerhin kamen Ende Oktober auf 100 organisierte Arbeiter noch 13,6 Erwerbslose. Gegen 32,3 im Mai, dem ungünstigen Monat des vorigen Jahres. Sehr ungünstig ist die Lage des Arbeitsmarktes in Holland. Hier ist nach Zeitungsmeldungen die Zahl der Arbeitslosen von etwa 30 000 im November auf rund 60 000 am Jahresschluß gestiegen. Auch in Dänemark hat sich die Situation wesentlich verschlechtert. In der ersten Januarwoche 1922 wurden 82 825 Erwerbslose gezählt, gegen 62 000 Anfang November 1921 und 16 000 im November 1920. Nach der Statistik der Fachverbände entfielen Ende Dezember 1921 auf 100 Mitglieder 25,2 Arbeitslose. In Schweden ergab sich Ende November 1921 sogar ein Prozentsatz von 28,6 Prozent an Arbeitslosen. In Norwegen ist die Lage nur wenig günstiger. In der Schweiz wurden Ende Dezember 88 967 Arbeitslose gezählt gegen 21 000 im entsprechenden Zeitpunkte des Vorjahres. In Italien stieg die Zahl der Erwerbslosen von 470 542 am 1. September auf 512 260 am 1. Dezember. Für die Vereinigten Staaten fehlt eine genaue Arbeitsmarktstatistik. Nach übereinstimmenden Meldungen soll aber um die Jahreswende dort eine weitere Verschlechterung eingetreten sein. Man schätzt die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Union auf 6 Millionen. Hiergegen erscheinen die deutschen Ziffern noch als verhältnismäßig günstig. An 393 deutschen Plätzen, für die vergleichbare Statistiken vorlagen, betrug die Gesamtzahl der unterstützten Vollerwerbslosen am 21. Januar d. J. 124 447 gegen 123 192 in der vorangegangenen Woche. Von diesen Arbeitslosen entfallen allein auf Groß-Berlin 57 562. Verhältnismäßig gering ist die Arbeitslosigkeit im westdeutschen und sächsischen Industrierevier.

Rundschau.

Aus unserem Beruf und unserer Industrie. Die Entscheidung des Reichsgerichts in der Lausitzer Lohnstreitsache, die sich bekanntlich dahin zugespitzt hat, ob der Demobilmachungskommissar die nötige Befugnis zu seinen Entscheidungen hat, sollte am 10. Februar bekanntgegeben werden. Die Verhandlung vor dem höchsten deutschen Gerichtshof war am 6. Januar. (Siehe Artikel in Nr. 2 des „Steinarbeiter".) Nunmehr soll die Entscheidung erst am 7. März bekanntgegeben werden. — „Scheint eine Schwergeburt zu werden," meinte ein anderer Interessent an dieser Sache. Der Mann hat recht!

Gewerkschaftliches. Adam Drunsel †. Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Töpfer ist am 5. Februar nach kurzem Leiden gestorben. Seit 1889 Vorsitzender der Organisation. Mit dem Verstorbenen ist einer der Alten dahingegangen, die den Aufstieg, Wachstum und Drangsalierungen der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen persönlich miterlebt haben und deren Rat, gestützt auf die Erfahrungen jahrelanger Praxis, immer von Einfluß war und gern entgegengenommen wurde. Der Töpferverband verliert mit Adam Drunsel einen seiner verdienstvollsten Förderer und die politische Arbeiterbewegung einen regen Mitarbeiter. Nur 59 Jahre ist der Verstorbene alt geworden; sein Geburtsort war Würzburg. Auch wir werden sein Andenken in Ehren halten!

Aufruf an die Gewerkschafts- und Volksgenossen: Der Schulschluß naht, eure Kinder sollen einer Lehrstelle zugeführt werden. Denkt an eure Jugend- und Lehrzeit, wie hart und freudlos diese waren. Wenn ihr euren Nachwuchs vor gleichem bewahren wollt, so erkundigt euch vor Abschluß des Lehrvertrages bei der zuständigen freien Berufsorganisation; schließt keinen Lehrvertrag ab, der feste Kost- bzw. Lohnsätze enthält, sondern drängt darauf, daß an deren Stelle der Passus Aufnahme findet: „Die Lohnsätze regeln sich nach den tariflichen Bestimmungen der einschlägigen Abmachungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer". Bestehen

solche nicht, so hat der Satz Aufnahme zu finden: „Die Lohnsätze haben der jeweiligen Teuerung zu entsprechen und werden durch die örtlichen Schiedsstellen festgelegt." Wendet euch in allen Fragen, die sich aus dem Arbeits- und Lehrverhältnis ergeben, an die zuständige freie Gewerkschaft; führt eure Kinder, Mündel usw. den Jugendorganisationen der freien Gewerkschaften zu. Die freien Gewerkschaften haben den Kampf gegen die Alleinherrschaft der Handwerkskammern und Innungen aufgenommen; ein umfangreicher und gründlicher Entwurf zur Reformierung des gesamten Arbeitsrechtes für Jugendliche und Lehrlinge liegt seitens der freien Gewerkschaften vor. Unterstützt diese im Kampfe für Gleichberechtigung der Arbeitnehmer auch in der Lehrlingsfrage und geht den „Rettern des Handwerks" nicht unbesehen aufs Eis.

Im Zentralverband der Glaser findet auf Anregung des Beirats, Ausschusses und Vorstandes eine Urabstimmung über Beitragserhöhung statt. Vorgeschlagen sind bis 8 M. Stundenlohn 6 M. Beitrag, über 8 bis 12 M. Stundenlohn 9 M. Beitrag, über 12 bis 15 M. 12 M. Beitrag, über 15 bis 18 M. 15 M. Beitrag. Die Abstimmung soll am 19. Februar stattfinden.

Zum kommenden Arbeitsgerichtsgesetz. Das Reichsarbeitsministerium teilt uns mit, daß der Referenten-Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes fertiggestellt sei und in nächster Zeit mit Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und sonstigen Beteiligten beraten werden solle. Was das Ministerium über den Inhalt des Entwurfs mitteilt, ist nicht geeignet, die Gewerkschaftskreise zu befriedigen. Im Interesse der Rechtseinheit und der zweckmäßigen Ausnützung vorhandener Einrichtungen sollen nämlich die neuen Arbeitsgerichte mit den ordentlichen Gerichten in eine organische Verbindung treten, bei der die erforderlichen sozialen Bürgschaften in jeder Weise gesichert seien. Hierbei werde zugleich erreicht, daß die ordentlichen Gerichte, anstatt durch Abtrennung großer wichtiger Rechtsgebiete zu verkümmern, auch auf ihren sonstigen Tätigkeitsgebieten unter dem befruchtenden Einfluß der Beschäftigung mit sozialen Fragen in enger Fühlungnahme mit sachkundigen Laien ständen. Durch die im Entwurf vorgesehene Uebernahme der Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Vorsitzende der neuen Arbeitsgerichte werde ihre in langjähriger Praxis gewonnene Erfahrung nicht nur für die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte, sondern auch für die Heranbildung eines Stammes jüngerer Juristen, die künftig zu Vorsitzenden von Arbeitsgerichten berufen werden, nutzbar gemacht. — Mit allen solchen sozial klingenden Redensarten wird man die Gewerkschaftskreise nicht davon überzeugen können, daß die von den Juristen geforderte Angliederung der Arbeitsgerichte an die ordentlichen Gerichte ein Fortschritt sei. Es ist im Gegenteil ein sozialer Rückschritt, eine Verschlechterung eines seit drei Jahrzehnten bewährten Zustandes, den man uns mit der Erweiterung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu Arbeitsgerichten aufzwingen will. Dagegen werden sich die Gewerkschaften mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Schon heute sagen wir dem auf solcher Grundlage aufgebauten Gesetzentwurf den schärfsten Kampf an!

Reichsregierung und Beamtenstreik. Mit großen Lettern erläßt unter diesem Stichwort „Die Deutsche Arbeitgeberzeitung" einen „Aufruf an die geschädigten Arbeitgeber":

„Der Streik der Beamten der Reichseisenbahn hat Tausenden von Arbeitgebern schweren Schaden verursacht. Wertvolle Transporte sind verdorben oder verloren gegangen. Zahlreiche Betriebe sind durch die Unterbindung der Kohlen- und Rohstoffzufuhr zur ganzen oder teilweisen Stillegung gezwungen worden. — Da nicht höhere Gewalt, sondern frivole Verletzung der Beamtenpflichten vorliegt, haben die Arbeitgeber Anspruch darauf, daß ihnen der Schaden ersetzt wird. Wir beabsichtigen, auf Grund der verfassungs- und zivilrechtlichen Bestimmungen den Reichsbahnfiskus haftbar zu machen. — Alle durch den Streik unmittelbar geschädigten Arbeitgeber bitten wir, uns möglichst bald die Art und den Umfang des ihnen zugefügten Schadens mitzuteilen und uns Unterlagen für das einzuleitende Verfahren an die Hand zu geben. Unter allen Umständen wollen wir eine grundsätzliche Klärung der Rechtslage herbeiführen."

Der Reichseisenbahnfiskus hat schon bisher für verloren gegangene Güter gehaftet und bereits Millionen und wieder Millionen Mark als Ersatz leisten müssen, aber ihn nun für den indirekten Schaden haftbar zu machen, das bleibt dem Wollen der Arbeitgeber vorbehalten. Schon mancher hat auf Granit gebissen, darunter nicht so selten die Arbeitgeber, ihnen kommt es anscheinend auf einmal mehr nicht an. Stark sein ist gut, wenn es jedoch in Kraftmeierei ausartet, dann wirkt es albern. O, stark getan haben schon früher die Herren um und in der Arbeitgeberzeitung, aber nur nach unten, nach oben nie, denn der frühere Staat arbeitete „ja nur für Sie, meine Herren"! Das kam aus dem Munde eines früheren Ministers. Nun ist es darin nur ein klein wenig anders geworden, wird noch mehr, wenn die Arbeiter, Angestellten und Beamten nur wollen. Nun kommt die Energie nach — oben. Die Zeiten ändern sich!

Soziales. Arbeit und Sterblichkeit. Die Sterblichkeit der erwerbstätigen Bevölkerung ist größer als die der nichterwerbstätigen Bevölkerung. Und selbst wenn die Sterblichkeit der Nichterwerbstätigen abnimmt, ist von einem derartigen Abnehmen bei den Erwerbstätigen nichts zu merken. Das ist wieder ein Beweis für die Schädlichkeit der Berufsarbeit, wie sie im Kapitalismus vorhanden ist. Ja, diese Schädlichkeit nimmt immer mehr zu, denn schon vor dem Kriege ist das Invalidisierungsalter innerhalb 15 Jahre um drei Jahre, von 52 auf 49 Jahre zurückgegangen. Daher kommt es denn auch, daß die Sterblichkeit der Frauen in den Agrarstaaten ungünstiger ist als in den Industriestaaten, da die Frauen in den Agrarstaaten in noch weiterem Maße zu der Arbeit herangezogen werden. Naturnotwendig sind solche Schädigungen mit der Arbeit nicht verbunden. Sie sind nur verbunden mit dieser Arbeit, wie sie im Kapitalismus üblich ist, mit dieser Arbeit, die da ganz auf den Gewinn des Unternehmertums eingestellt ist. Wenn das Proletariat darum seine Daseinsbedingungen zu bessern sucht, so wirkt es damit zugleich auch lebenverlängernd ein. Je organisierter das Proletariat ist, um so höher ist das Alter.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Zur besondern Beachtung für die Ortskassierer! Alle erkrankten und arbeitslosen Mitglieder sind mit Formular I zur Unterstützung dem Verbandsvorstand zu melden. Die Meldungen sind möglichst alle Monat einzusenden, damit bei deren Kontrolle etwaige Unregelmäßigkeiten vor der Auszahlung schon geändert werden können. Die Art der Krankheit ist in allen Fällen anzugeben. Dabei ist zu beachten, daß die Unterstützung erst vom vierten Tag ab gewährt wird. Das Statut auf Seite 7 und 8 ist stets zu beachten, denn es haben sich nur die Unterstützungssätze geändert.

*

In allen Zahlstellen sind Mitglieder aus- oder zu andern Verbänden übergetreten. Dadurch sind ein größerer Teil Mitgliedsbücher erloschen. Bei der Bestellung neuer Mitgliedsbücher sind die erloschenen Buchnummern mit anzugeben, damit Ersatzbücher dafür geliefert werden. Diese Handhabung ist allerdings nur dort möglich, wo die Beitragsliste besonders im Zu- und Abgang dauernd genau und regelmäßig geführt wird.

Die Mitgliedsnummern kommen sonst an die 100 000 heran und erfordert dann eine zu vermeidende Vergrößerung der Kartothek, obgleich die Mitgliederzahl im Verbande noch nicht 50 000 zählt.

*

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 14. Februar ihre Quartalsabrechnungen noch nicht an die Hauptkasse eingesandt:

1. Gau: Königsberg, Kottbus, Neustettin, Gollnow. 2. Gau: Schirgiswalde. 4. Gau: Volkmarsen, Minden. 5. Gau: Gummersbach, Hölzenhausen, Tönisheide, Wülfrath. 6. Gau: Orbis. 7. Gau: München. 8. Gau: Bamberg, Treuchtlingen. 9. Gau: Ober-Bessingen, Odernheim.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Tittling. Das Mitgliedsbuch Nr. 52 733 auf den Namen Josef Farnhamer ausgestellt, ist in Verlust geraten; wird hiermit für ungültig erklärt.

Gaukonferenz des 4. Gaues Sitz Göttingen. Sonntag, den 5. März, vormittags 10 Uhr, findet im Volksheim Göttingen, Maschmühlenweg 12/16, die Gaukonferenz statt.

Tagesordnung:

1. Gaubericht.
2. Stellungnahme zum Verbandstag.
3. Organisation und Agitation.
4. Verschiedenes.

Anträge zur Gaukonferenz müssen bis 26. Februar beim Unterzeichneten eingereicht sein. Zahlstellen bis zu 150 Mitgliedern entsenden einen Delegierten, auf weitere 200 Mitglieder kann ein zweiter Delegierter entsandt werden.

Die Gauleitung.
Albert Schlegel.

Zahlstellenvorstände

sorgt für feststehende Adressen der Zeitungsempfänger! Infolge der außerordentlichen hohen Portokosten beim Steinarbeiterversand in Paketen und Kreuzbänder soll nunmehr **vom 1. April 1922 an** „Der Steinarbeiter" für die Zahlstellen und deren Nebenstellen durch das Zeitungspostamt überwiesen werden. Dem Verbande werden durch diese Änderung bedeutende Ausgaben erspart. So kostete z. B. die Nr. 4 beim Versand 4308 M. Porto; durch die Postüberweisung werden beinahe die Hälfte Kosten erspart, also jährlich zirka 80000 M., dazu müssen die Zahlstellen mithelfen! Vorbedingung der Überweisung sind **feststehende Adressen für mindestens ein Vierteljahr;** innerhalb eines solchen sind Adressenänderungen mit großen Umständlichkeiten verknüpft und deshalb nicht gut möglich. Notwendige Adressenänderungen können **nur im ersten Monat** nach Vierteljahrsschluß (Januar, April, Juli, Oktober) berücksichtigt und müssen dann wie bisher der Versandstelle — Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV, Aufgang C — übermittelt werden. **Zu beachten ist jedoch immer,** daß bei allen Adressen und Änderungen für den Zeitungsversand **auch das zuständige Postamt angegeben wird,** sonst ist die Überweisung nicht möglich. In größeren Städten, wo mehrere Postämter für den Stadtbezirk in Frage kommen, haben die Postämter eine Nummer, z. B.: Hamburg 22, Berlin SO 16! In kleineren Orten, wo ein Postamt mehrere Orte besorgt, ist ebenfalls eine genaue Bezeichnung notwendig, z. B.: **Eberhardtsreuth,** Post Schönberg (Niederbayern). Hat nun ein Ort nur ein Postamt und der Zeitungsempfänger wohnt in diesem Ort, dann lautet die Adresse z. B.: **Kürnbach** (Baden).

Die Überweisung durch die Post an die Einzelzahler ist bereits so geregelt.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 21. Januar bis 11. Februar 1922.

Meensen 2.50, Altendorf 10.—, Demitz 30000.—, Düdelsheim 1143.—, Kirchheim 4213.30, Nienstädt 309.30, Ruhmannsfelden 2453.70, Roth v. d. Rhön 881.30, Triebendorf 534.25, Unsen 1237.40, Weimar 300.—, Wrexen 491.50, Wernigerode Ins. 28.50, Friesen 24.50, Kapiack 28.—, Züllichau 92.—, Genthin 30.—, Reichenbach i. Schl. 131.50, Perleberg 30.—, Prettin 24.—, Arnswalde Ins. 32.40, Teuschnitz 70.—, Reinheim 1597.60, Pfaffenhofen 1121.25, Ochsenfurt 95.50, Neanderthal 1393.30, Mosheim 1714.40, Lütschenbach 3177.40, Hunswinkel 1262.50, Holenberg 1191.40, Hardheim 832.30, Elgershausen 1037.90, Aachen 25.60, Sebnitz 216.30, Zittau 553.—, Dortmund Ins. 20.50, Weinböhla 72.—, Klipphausen 17.—, Berlin 298.20, Strehlen 314.40.

Vorstehende Beträge erscheinen noch im Jahresabschluß 1921.

Fürth 50.50, Landstuhl 160.—, Kronach 84.—, Alsleben 2095.30, Kassel 1904.90, Eiterhagen 2187.10, Frohburg 1114.40, Gemünden i. Westerw. 999.10, Hahnenfurt 1477.80, Kelheim 398.—, Marktbreit 1020.10, Schwerin 346.60, Steinwiesen 837.70, Treuchtlingen 2157.70, Faulbach 301.—, Greiffenberg 400.—, Kupferdreh 796.70, Löbau 18898.70, Wellerode 1059.22, Wölferbütt 3484.95, Weiterdingen 567.80, Driedorf 34.60, Münderstorf Ins. 18.60, Hu um 17.50, Cunewalde 2596.20, Koblenz 812.60, Eichershausen 2600.—, Grünberg 96.20, Gruiten 3180.10, Hoffeld 2221.—, Worms 73.30, Zöblitz 5297.30, Nienstädt 1498.40, Saalburg Ins. 39.—, Vierath 260.40, Beerwaldermühle 103.90, Köslin 476.80, Mittweida 3672.15, Obereschenbach 1230.30, Osterholz 2410.10, Wolgast 218.97, Löffingen 28.—, Reichenbach i. V. 126.—, Tangermünde 28.—, Schirgiswalde 296.90, Rammelsbach 22 548.55, Reiffenhausen 264.30, Obermendig 120.60, Moosbach 1570.20, Hofermühle 132.80, Hemerau 204.10, Fehl-Ritzhausen 2219.10, Adelebsen 1863.50, Arnsdorf 4392.50, Altenhain 3000.—, Heckholzhausen 5.—, Steinau 2.—, Köln 1600.—, Baumholder 307.—, Groß-Kunzendorf 2000.—, Gierzhagen 676.70, Marxsein 180.—, Roth i. Dillkr. 5158.80, Stralsund 148.30, Frankfurt a. M. Ins. 24.—, Eisenberg 70.—, Bad Lausick 127.50, Fallersleben 28.—, Grimma 2000.—, Nieder-Königshain Ins. 30.—, Paderborn 363.80, Triebendorf 26.—, Randersacker 2500.—, Wildschütz 3000.—, Fechenbach 931.45, Eningen 35.—, Dillingen Ins. 32.—, Nonnenbach 30.—, Flensburg 108.—, Raumünzach 1033.—, Queckborn 1073.50, Painten 729.—, Meissen II. 381.10, Kelheim 1300.—, Ibbenbüren 970.40, Floß 4307.90.

Denkmalsfonds A. Staudinger. Bisher quittiert: **9564.80.** Norwood-Jacksonville 200.—. Sa. **9764.80.**

Ludwig Geist, Kassierer.

Adressenänderungen.

3. Gau.

Sebnitz. Vors.: Wolfgang Wallner, Petzoldstraße 207 K. Kass.: Friedrich Liebel, Horn 8.

5. Gau.

Fehl-Ritzhausen (Post Marienberg). Vors.: Jakob Weber, Stockhausen (Post Marienberg). Kass.: Ludwig Eckart.

Mayen (Rheinl.). Vors.: Karl Müller, Bachstraße, Neubau 2.

Niedermendig, Bezirk Mayen (Rheinl.). Vors.: Peter Schneider, Kirchberg 59. Kass.: Arnold Schubach, Mühlenweg.

Ochtendung, Bezirk Mayen (Rheinl.). Vors.: Anton Barz, Plaidterstr. 124. Kass.: Johann Bersem, Großgasse 311.

7. Gau.

Eberhardsreuth. Vors.: Xaver Späth, Gunzenreuth, Post Schönberg.

8. Gau.

Roth v. d. Rhön. Vors.: Wolfgang Zentgraf, Hausen bei Nordheim (Rhön). Kass.: Oskar Nennstiel, Stetten v. d. Rhön, Post Sondheim.

Briefkasten.

Elzw. S. In solchem Fall braucht der Betriebsrat nicht gehört zu werden. Die Entlassung erfolgt auf Grund des § 123 der Gewerbeordnung, Abs. 5. — Die Entlassung ist jedoch nicht mehr zulässig, wenn die zugrundeliegenden Tatsachen dem Arbeitgeber länger als eine Woche bekannt sind.

Koschenberg. Bl. Unser Verband gibt keinen Taschenkalender heraus.

Versammlungs-Anzeige.

Kein Mitglied soll fehlen.

Stuttgart. Freitag, 24. Februar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Hameln. Sonntag, 19. Februar, nachm. 3 Uhr, im Gewerkschaftshause Bezirkskonferenz.

Anzeigen

Berlin

Dienstag, 21. Februar, abends 6.30 Uhr, im **Gewerkschaftshaus**
Sitzung der Betriebsräte und Obleute.
Jeder Platz und Werkstelle muß in dieser wichtigen Sitzung vertreten sein.

Sonntag, 26. Februar, vorm. 9.30 Uhr, im **Gewerkschaftshaus** (Großer Saal)
Generalversammlung.
Tagesordnung: 1. Die zehn Forderungen der Gewerkschaften. 2. Quartalsabrechnung und Jahresbericht. 3. Neuwahl des Ortsangestellten. 4. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Tuberkulose, Scrophulose, Englische Krankheit Chronisch. Rheumatismus, Haut- u. Beinleiden
Lichtheilbehandlung
Lichtheilinstitut Dr. med. C. H. GERTSMEIER, WOLFSTEIN (Pfalz). — Tag und Nacht — Telephon 42

Ziegler's Schriftzeichnerei, Gießen (Oberhessen)
Licherstraße 37 ◆ ◆ ◆ Schriftenmuster 20 M.

ARBEITSHOSEN
Prima Tuchleder, lieferbar in schwarz, weiß und silbergrau, sowie Pilot und Ia Manchesterhosen offeriert zu billigsten Preisen.
W. Hübner, Niederoderwitz i. Sa.

20 tücht. Granitsteinhauer
sofort auf Dauerarbeit gesucht. — Stundenlohn 12.50 M. Logis vorhanden. — Angebote an
Granit- und Marmor-Industrie, G.m.b.H., Freiburg (Baden)
Sternwaldstraße 39.

Marmorschleifer. Wer übernimmt das Polieren von Waschtischaufsätzen, wenn diese geschliffen eingeschickt werden? Was kostet die Garnitur mit Nachttischplatten? Preise erbittet
C. F. Betge, Brandenburg a. H., Kirchhofstraße 30/30a.

10—15 tüchtige Steinmetzen zu sofort. Antritt gesucht
Granitwerke Künzel & Schedler, G.m.b.H., Schwarzenbach a. Saale.

Schrifthauer und Steinmetzen
auf Muschelkalk und Sandstein werden in dauernde Arbeit gesucht.
Stettiner Steinindustrie G. m. b. H., Stettin.

1 Steinmetz, bewandert im Grabsteinfach, Schriften sowie Verzierung arbeiten kann, stellt als ersten Gehilfen für dauernd ein.
OSKAR HIRSCH, Bildhauerei, **HIRSCHFELDE b. Zittau.**

1 Steinmetz (Granitarbeiter) gegen Tariflohn stellt ein
Hermann Jagdmann, Stettin.

Tüchtige Steinmetzen für dauernde Arbeit sof. gesucht
Franz Schilgen, Granitwerke. Lohmen b. Dresden.

Junger tüchtiger Steinmetz
auf Grabsteine, firm im Zeichnen und Granitschriftbauen sofort in dauernde Stellung gesucht. Stundenlohn zur Zeit 9—10 Mark.
Benno Pfeiffer, Triebel (N.-L.)

2 Steinmetzen (Schrifthauer) gegen Tariflohn stellt ein
Hermann Jagdmann, Stargard i. P.

Zwei tüchtige Steinmetzen
auf Muschelkalkstein eingearbeitet. Hoher Lohn, dauernde Beschäftigung. Zureise wird nach 8 Tagen Arbeit vergütet.
Robert Werner, Hungen (Oberhessen).

Tüchtig. Kunststein- u. Terrazzo-Arbeiter
welcher selbständig arbeiten kann, zu sofort gesucht.
Hugo Meier, Detmold (Lippe), Paulinenstraße 2.

Sägewärter, mit allen an Vollgattern vorkommenden Arbeiten vertraut, für dauernde Stellung gesucht. Dienstwohnung vorhanden. — Angebote mit Angaben über bisherige Tätigkeit an
Kölner Marmorwerke, Köln-Dellbrück.

GEÜBT. STEINSPALTER
verheiratet, mit kleiner Familie findet dauernde Beschäftigung (auch Frau) und Wohnung. Bezahlung nach Tariflohn in einem Steinbruch Nähe Leipzigs. — Angebote unter **„100 R."** an die Schriftleitung.

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In **Floß** am 1. Januar der Pflastersteinmacher **Georg Simmerl,** 56 Jahre alt, Gesichtsrose.

In **Duisburg** am 11. Januar der Sandsteinmetz **Balthasar Arnold,** 44 Jahre alt, Lungenkatarrh.

In **Fechenbach** am 27. Januar der Sandsteinmetz **Heinrich Fäth,** 42 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Dortmund** am 30. Januar der Granitschleifer **Joseph Bräcker,** 41 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Freiburg (Sa.)** am 30. Januar der Sandsteinmetz **Joh. Fr. Dworok,** 54 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Häslich** am 31. Januar der Pflastersteinmacher **Fr. M. Ullrich,** 60 Jahre alt, Asthma.

In **Hauzenberg** am 9. Februar der Granitsteinmetz **Jos. Neudörfer,** 63 Jahre alt, Zuckerkrankheit.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Gedruckt in der „Freien Presse", Leipzig.